Auswärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: Bei der Post geholt oder durch Boten zugestellt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger einschließlich Bestellgeld 2.82 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 75. | Bielefeld-Bethel, Sonnabend, den 29. März 1919. | Jahrgang 1.

Was wollen wir nun hiezu sagen? Ist Gott für uns, wer mag wider uns sein? Röm. 8. 31.

Vatikanische Einflüsse.

Wiener Stimmungen.

Jeder Kenner der österreichischen Verhältnisse weiß, wie einschneidend päpstliche Einflüsse auf die politische Stimmung an der Donau wirken. Der große Seelenkenner Bismarck hat jene Einflüsse richtig eingeschätzt; in seinen „Gedanken und Erinnerungen" heißt es: „In der Beurteilung Österreichs ist es auch heute noch ein Irrtum, die Möglichkeit einer feindseligen Politik auszuschließen, wie sie von Schwarzenberg, Buol, Bach und Beust getrieben worden ist .... Die Liebe der galizischen Polen, des ultramontanen Klerus für das Deutsche Reich ist vorübergehender und opportunistischer Natur ... In Ungarn, in Polen sind französische Sympathien auch heute lebendig, und im Klerus der habsburgischen Gesamtmonarchie würde eine katholisch-monarchische Regierung Frankreichs die Beziehungen wieder beleben können, die 1863 und zwischen 1866 und 1870, die in der gemeinsamen Diplomatie und in mehr oder weniger reifen Vortragsbildungen ihren Ausdruck fanden." Derselbe Bismarck hat im Deutschen Reichstag am 6. Februar 1888 gesagt: „Wenn wir uns Österreich entfremdeten, so gerieten wir, wenn wir nicht ganz isoliert sein wollen, in Europa notwendig in Abhängigkeit von Rußland."

Man muß in Berlin unterscheiden lernen, was die wirklich Deutschen am alten Nibelungenstrome fühlen und empfinden, und was die Presse in Wien — die ja bekanntlich zum größten Teil von Nichtdeutschen geschrieben wird — den Lesern vormacht. Die klerikale Presse an der Donau war zu Anfang des Krieges auf denselben Ton gestimmt, wie die „Köln. Volksztg." am Rhein. Da war in bezug auf das Kriegsziel kein Unterschied zwischen den nationalen Wünschen und den begeisterten Äußerungen der klerikalen Blätter, die sich der deutschen Sprache bedienen.

Heute ist das anders. Auch da gibt uns Bismarck eine gute Aufklärung. In Poschingers Tischgesprächen lesen wir: „Die Deutschen in Österreich gehen nicht zugrunde, sie müssen sich nur selber helfen, sie müssen es machen wie die Slawen, wie die Tschechen und auch wie die Ungarn ... Aber wenn die Ultramontanen zur Führung unter den Deutschen sich drängen, dann weiß ich voraus, daß es nicht auf die Einigung der Deutschen, sondern auf ihre Zersplitterung und Schwächung abgesehen ist. Darauf geht ja die ganze ultramontane Politik hinaus: In Frankreich ist sie demokratisch, in Österreich feudal-tschechisch ... Die Deutschen in Österreich sind große Michel gewesen, statt richtig deutsch und nur Deutsche in Österreich zu sein, sind sie alles andere gewesen: liberal und klerikal, jüdisch oder international." Diese Bismarckworte passen heute noch haarscharf auf die politischen Zustände in Österreich. Unter den römisch-katholischen Deutschen, die ja die ganz überwiegende Mehrheit in Österreich bilden, gibt es Millionen von wackeren, volksbewußten Deutschen im nationalen Sinne des Wortes. Jene Deutschen in Österreich, die nach Rasse und Art Germanen sind, fühlen auch völkisch. Nicht mit Unrecht hat Robert Hamerling behaupten können, daß die begeistertsten Anhänger des deutschen Einheitsgedankens zwischen den Sudeten und der Adria wohnen. .... Aber leider sind die leitenden politischen Kreise alles andere, nur nicht deutsch-völkisch gesinnt. Das müssen wir uns immer wieder klar machen, wenn wir die österreichische Politik richtig beurteilen wollen. — — —

Der Vatikan ist die größte Macht an der Donau. Der Ballhausplatz — wo die auswärtige Politik des Reiches angeblich geleitet wird — ist schon von manchem Kenner der wirklichen Verhältnisse nur eine „Filiale des Vatikans" genannt worden.

Die Tschechen hatten bekanntlich in der Wiener Hofburg hohe und einflußreiche Gönner. Alle diese Gönner sich auch zugleich klerikal, wie Bismarck das schon sehr richtig angedeutet hat. Jeder päpstliche Wink wurde in diesen Kreisen mit jener Ehrfurcht entgegengenommen, die man dort allen vatikanischen Wünschen solange entgegenbringt, wie sie der eigenen Herzensmeinung entsprechen. Diese tschechische feudale Stimme des Herzens aber will von einem Anschluß an Deutschland wirklich und wahrhaftig nichts wissen ... Und wenn man heute die Wiener Zeitungen liest — mit Ausnahme der wenigen deutsch-nationalen Blätter — so weht einem eisige Luft aus den Spalten aller liberalen, roten und klerikalen Preßerzeugnisse entgegen.

Marschall Foch.

Im Jahre 1899 erschien in Straßburg ein Buch „Les Jésuites à Metz", das die Geschichte der Jesuitenniederlassung in Metz bis zu ihrer Verbannung durch Deutschland im Jahre 1872 behandelte. In diesem Buch wurde das Gelöbnis ausgesprochen — unter deutscher Regierung konnte ja allerlei in Elsaß-Lothringen gedruckt werden! —, daß die Jesuiten im Fall ihrer Wiederkehr in Metz dafür sorgen würden, daß das Franzosentum dort wieder belebt würde. In diesem Sinne schloß das Buch mit dem Wahlspruch: In memoriam, in spem (in Erinnerung, in Hoffnung). Die Rachepartei, welche den Krieg 1914 in Frankreich geschürt hat und jetzt ja zu ihrem Ziel gelangt ist, wurde von jesuitisch erzogenen Klerikalen geleitet. Ein solcher Jesuitenzögling ist der aus Metz stammende Marschall Foch, und die Zeitungen berichteten vor einiger Zeit ebenfalls, daß sein Wahlspruch sei: In memoriam, in spem. In dieser Tatsache liegt die Erklärung für das gegenwärtige Auftreten des Marschalls. Unvertilgbarer Glaubenshaß, verbunden mit dem Haß gegen alles, was deutsch ist, ist das Erbe seiner Erziehung. Ein Jesuitenzögling kann nicht aus seiner Haut fahren; es ist sein zweites Leben, im ständigen Gegensatz gegen alles Andersgläubige zu stehen. Ein französischer Romanschriftsteller, Estaunié, schilderte vor Jahren einst das Wesen eines solchen Jesuitenzöglings in einem Roman, dem er den bezeichneten Titel gab: l'empreinte, der Stempel. Er wollte darin zeigen, daß ein solcher sein ganzes Leben lang nicht von dem finstern Geist loskommen kann, der ihm seine Erziehung aufgedrückt hat. Wer vor einem Rätsel steht, wenn er die haßerfüllte Gestalt des Marschalls Foch betrachtet, dessen Taten an die dunkelsten Zeiten der Glaubensverfolgungen früherer Jahrhunderte erinnern, hat hier des Rätsels Lösung. Und solange dieser Mann allein zu gebieten hat, ist für Deutschland nichts zu hoffen.

Eine Kriegsbilanz der katholischen Kirche.

Nicht weniger als zehn Vorteile setzt ein irischer Dominikaner, P. John J. O'Gorman, auf das Gewinnkonto der katholischen Kirche beim Siege der Entente, denen er nur zwei Gefahrpunkte gegenüberzustellen weiß. Kurz zusammengefaßt laufen die ersteren auf folgendes hinaus: 1. Die „Sicherung eines gewissen Maßes internationaler Gerechtigkeit unter Verminderung der Kriegsrüstungen und Zerstörung des Militarismus" erfüllt die wesentlichsten Forderungen der päpstlichen Note von 1917 und beseitigt viele Schranken, die dem Fortschritt „der einzigen universellen Glaubensgemeinschaft" hindernd im Wege standen. 2. Die „Freiheit, Integrität und Wohlfahrt" Englands und der Vereinigten Staaten ist von unberechenbarem Gewinn für die katholische Kirche, weil sie seit 1870 nirgends so ungeheure Fortschritte gemacht hat wie in diesen beiden Reichen. 3. Ein siegreiches Preußen hätte unfehlbar einen neuen Kulturkampf gegen die katholische Kirche unternommen; seine Niederlage hat „die starke antikatholische Tendenz der neuen deutschen Kultur außerordentlich geschwächt". 4. Der unabhängige Polenstaat mit Zugang zur See „bedeutet die Wiederherstellung einer katholischen europäischen Macht mit 20 Millionen Einwohnern". 5. Das zaristische Rußland war „der hauptsächlichste und giftigste Gegner der Kirche im 19. Jahrhundert". Nun wird eine Demokratie mit gesicherter Religionsfreiheit folgen, von der die Litauer und Letten profitieren werden, während in der Ukraine die katholische Kirche wieder aufleben kann. 6. Das katholische Belgien wird kein preußischer Vasallenstaat sein und die Universität Loewen, „die führende katholische Universität der Welt" wird „die geistige Führerschaft wieder übernehmen". 7. Die katholischen Interessen der Slawen waren unter der Herrschaft der Habsburger keineswegs gut gesichert. Mit der vollen nationalen Freiheit wird den Slawen „eine größere religiöse Betätigung erlaubt" sein. 8. Die katholischen Maroniten in Libanon werden auf immer von der Tyrannei ihrer türkischen Bedrücker befreit sein und der Schutz der heiligen Stätten in Palästina liegt nach amtlicher Auslassung der Kurie bei niemand in besserer Hand als der Englands. 9. Dem vor dem Kriege so verbreiteten „Jakobinismus" unter den Völkern lateinischer Abstammung (Frankreich, Italien, Portugal) wird nach ihrem Siege „nun endlich Einhalt geboten sein" und sie werden zweifellos wieder in engere Beziehungen mit der katholischen Kirche, „dem Hauptfaktor ihres Fortschrittes und der Quelle ihres geschichtlichen Ruhmes" treten. 10. Die englisch sprechenden Protestanten Großbritanniens und Amerikas, die sich im Kriege nicht mit den lateinischen, von denen 90 v. H. katholisch sind, verbündet haben, werden „von der Weltstellung und der Weltaufgabe der katholischen Kirche einen weit höheren Begriff bekommen".

Und nun die zwei Gefahrpunkte: 1. Durch die Wiedervereinigung Elsaß-Lothringens mit Frankreich könnten „die Kirchen, Seminarien und Klöster sequestriert und die Mönche und Nonnen in die Verbannung getrieben werden". Der irische Pater redet denn auch der französischen Republik sehr ernst ins Gewissen, das zu unterlassen. 2. Dem heiligen Stuhl könnten „wegen der ablehnenden Haltung Italiens gegen eine Wiederaufrollung der römischen Frage die Vertretung auf dem Friedenskongreß verweigert und keine genügenden internationalen Garantien zur Sicherung der Religionsfreiheit in der Welt gegeben werden". Daher O'Gorman's dringender Appell an alle Katholiken der Welt, auf diese Garantien zu dringen.

Die ausführlichen Darlegungen P. O'Gorman's finden sich im Dezemberheft des „Custos, Korrespondenzblatt für den katholischen Klerus". Die Schriftleitung will gewisse Bedenken gegenüber den O'Gorman'schen Aufstellungen nicht unterdrückt haben. Woher, fragt sie zum ersten, will O'G. wissen, daß ein Kulturkampf beim Siege der Mittelmächte ausgebrochen wäre? Jetzt stehe ein viel schlimmerer in Sicht, „Trennung von Kirche und Staat, Einheitsschule". 2. Die Slawen unter Habsburg und die Polen in Galizien waren trefflich gestellt, während die nunmehrige Verbindung der Jugoslawen mit Serbien schwerlich von Vorteil für die katholische Kirche sein werde. 3. Durch den Sturz der Habsburger ist die angebahnte Missionierung des Balkans zum schweren Schaden der katholischen Kirche unterbrochen worden. 4. Sieger in diesem Kriege ist die Loge, zumal die Freimauerei in Frankreich und Italien. Demgegenüber „dürfte es zweifellos erscheinen, ob die katholische Kirche durch den Lauf der Dinge gewonnen hat".

So viel ist gewiß: von erheblichen Sympathien für Preußen-Deutschland ist P. O'Gorman, den der Herausgeber des „Custos" als „berühmten Gelehrten" bezeichnet, nicht beseelt. Bezeichnend ist ferner, daß in der gleichen Nummer des „Custos" in einer Briefkastennotiz gelegentlich die Bemerkung eingeflochten wird, daß „die protestantische Kirche durch die Entthronung der Hohenzollern eine beinahe tödliche Wunde empfangen hat". Jedenfalls sind dergleichen Darlegungen in einem „Korrespondenzblatt für den katholischen Klerus" Symptome, die den Evangelischen zu denken geben müssen.

Der Ursprung der deutschen Revolution.

In Nr. 44 und 45 brachten wir einen Artikel: „Der Ursprung der deutschen Revolution", den wir der „D. A. Ztg." entnommen hatten. Herr Vizeadmiral Kraft, der damalige Chef des 3. Geschwaders, bittet uns um Aufnahme nachfolgender Richtigstellung. D. R.

In der „Dtsch. Allg. Zeitung" hat E. Ludwig eine Darstellung über den Ursprung der deutschen Revolution gegeben, die angeblich nach Dokumenten und Berichten aller Parteien zusammengestellt, also historisch sei. Was in diesem Bericht über das 3. Geschwader und seinen Chef, Herrn Vizeadmiral Kraft, gesagt wird, ist zum größten Teil unrichtig und kann nicht unwidersprochen bleiben. Als 1. Admiralsstabsoffizier des 3. Geschwaders habe ich die Vorgänge als Augenzeuge an leitender Stelle miterlebt und bin ich daher wohl am besten imstande, Herrn Ludwigs Darstellung zu berichtigen.

1. Ludwig behauptet, daß der Aufstand am 28. Oktober auf dem 3. Geschwader seinen Ursprung genommen hätte, wo alldeutsche Reden der Offiziere zum Kampf mit England auf Leben und Tod aufgefordert haben sollten. Nicht das 3. Geschwader hat mit den Unruhen begonnen. Vielmehr war auf allen Geschwadern und Verbänden unter der Mannschaft gleichmäßig die Parole ausgegeben, beim Inseegehen den Gehorsam zu verweigern, nachdem bereits vorher auf den großen Kreuzern Besatzungsteile sich von Bord entfernt hatten. — Sogenannte alldeutsche Reden sind beim 3. Geschwader nicht gehalten worden.

2. Die Operation nach Bergen, von der die Rede dann ist, war im April, nicht im Mai, führte auch leider nicht bis nach Bergen, sonst hätte sie vielleicht ein Ergebnis gehabt.

3. Auf „Markgraf" sind niemals soviel Leute festgenommen gewesen, Ludwig spricht von 200. Es waren nicht mehr als 55 Heizer und Matrosen, die mit Arrest bestraft werden mußten. Auch geschah das erst später, als die Schiffe schon auf dem Wege nach Kiel waren.

4. Das 3. Geschwader nach Kiel zu führen, war kein plötzlicher „Einfall". Diese Absicht bestand schon lange vorher. Allerdings wurde angenommen, daß dies zur Beruhigung der Leute beitragen müßte. Denn das in Kiel beheimatete Geschwader war seit März 1918 zweimal nach Kiel entsandt worden, aber ein unglücklicher Stern wollte es, daß jedesmal das Geschwader nach 1 oder 2 Tagen nach der Nordsee zurückgeholt wurde. Darob war man natürlich mißgestimmt im 3. Geschwader. Daß in Kiel zu gleicher Zeit Unruhen befürchtet wurden, war der Flottenleitung von der zuständigen Stelle, der Kieler Station, nicht mitgeteilt worden.

5. Es ist unrichtig, daß ein „Kompetenzstreit" zwischen der Station und dem Chef des 3. Geschwaders bestanden haben soll. Als Gouverneur von Kiel hatte der Stationschef auch über das 3. Geschwader Befehlsgewalt, solange es in seinem Bereich sich aufhielt. Höchstens hätte es sich um einen Kompetenzstreit mit dem Hochseekommando handeln können, dem das 3. Geschwader als Flottenteil unterstellt war. —

6. Von „Markgraf" wurden die unruhigen Leute, die als unzuverlässig bekannt waren, im ganzen 57, nicht 180, wie Ludwig erzählt, mit einem Dampfer abgeholt und nach dem Fort Herwarth bei Kiel gebracht. Nicht als Gefangene oder Bestrafte, sondern es wurde aus ihnen eine besondere Kompanie gebildet. Der Vorgang an Bord „Markgraf" beim Abholen dieser Leute hat sich auch nicht dramatisch abgespielt, wie Ludwig es darzustellen für gut befindet. Die Darstellung richtet sich auch schon selbst durch den Widerspruch, daß die Minderheit „13 mutlose Leute" sind und doch die „Verurteilten abführt".

7. „Nun endlich entschloß sich, am Dienstag, Admiral Kraft zum Abfahren". Nein, das tat er schon Montag früh und lief Montagnachmittag 4 Uhr, sobald die Schiffe Dampf auf hatten, aus. Dann heißt es weiter: „Hunderte kamen nicht an Bord zurück". Die Wahrheit: Nur von einem Schiff, „Gr. Kurfürst", waren 200 Mann zurückgeblieben. „Und als sich die Schiffe Lübeck, Swinemünde, Flensburg näherten" — das 3. Geschwader ging geschlossen nach Travemünde, blieb dort bis Sonnabend, 9. November, und kehrte dann nach Kiel zurück. Der „Geschichtsschreiber" ist auch hier ungenau.

Das sind nur die gröbsten Unrichtigkeiten dieser „historischen" Darstellung! Die Quellen, aus denen Ludwig geschöpft hat, sind offenbar unverbürgte Erzählungen einzelner Leute. Ferner stützt er sich ganz einseitig auf Berichte der Ostseestation. Die Bemerkung des Vizeadmirals Kraft: er glaube „fertig zu werden", kann Ludwig nur aus diesen Berichten haben. Denn sie ist gefallen nur im Beisein des Stationschefs, seines Stabschefs und des 2. Admiralstabsoffiziers des 3. Geschwaders, allerdings nicht in der von Ludwig angeführten Verbindung. Mit Vorstehendem sind noch lange nicht alle Verkehrtheiten des Ludwigschen Berichts auf das richtige Maß zurückgeführt worden. Es genügt aber schon, um die Ludwigsche Erzählung als das zu erkennen, was sie ist: gefärbt und entstellt.

Schließlich soll nicht unerwähnt bleiben, daß allein auf den Schiffen des 3. Geschwaders niemals die rote Flagge an der Gaffel geweht hat (mit Ausnahme des auf der Werft in Kiel befindlichen „König"), da der Geschwaderchef schon am 6. November für sich, sämtliche Offiziere und Deckoffiziere die Erklärung abgegeben hatte, daß sie sofort beim Setzen der roten Flagge an der Gaffel die Schiffe verlassen würden. Die Schiffe fuhren daher unter der Kriegsflagge nach Kiel und dort mußte der oberste Soldatenrat unter dem Druck vorstehender Erklärung zulassen, daß die Schiffe die Handelsflagge an der Gaffel führten und die rote Flagge oder Wimpel nur als Nebenzeichen an der Raa oder unter der Flagge.

Korvettenkapitän G. Wehner.

Die Nationalversammlung.

Erklärungen Scheidemanns.

29. Sitzung. Mittwoch, 26. März 1919.

Am Ministertisch: Scheidemann, Schiffer, Erzberger, Dr. Preuß, Noske, Wissell, Gothein, Dr. David, Dr. Bell, Giesberts.

Das Haus ist stark besetzt, die Ränge sind überfüllt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ergreift das Wort Ministerpräsident **Scheidemann**:

Die auswärtige Politik steht im Zeichen unerhörten Zwanges. Durch ganz Deutschland geht ein Aufschrei aus tiefster Verzweiflung, ein Appell an die höchste Instanz, die es gibt, an das Gewissen der Menschheit. (Sehr wahr!) Zu Tausenden kommen die Proteste aus Provinzen, Städten und Dörfern, aus der höchsten Not und der letzten Verzweiflung, aus vaterländischer Angst durch den Machtspruch der Sieger die Zugehörigkeit zur deutschen Nation zu verlieren.

Bei Deutschland wollen sie bleiben,

bei dem verarmten, geschlagenen, mit Wunden und Schulden bedeckten Deutschland.

Die Reichsregierung weiß, daß diese Treue zum Reiche bis zur Selbstverleugnung geht, weiß, daß diese Treue das wertvollste Gut ist, das ihr zur Verwaltung anvertraut wurde. Sie wird es sich von keiner Seite schmälern lassen. Die Reichsregierung hat ihren bisherigen Gegnern die Errichtung eines

internationalen Gerichtshofes

vorgeschlagen, der die Schuldfrage nach allen Seiten prüfen und dann urteilen sollte. England hat diesen Vorschlag abgelehnt. (Hört! hört!) Es ist also nicht unsere Schuld, wenn dieser von uns selbst vorgeschlagene Prozeß ungeführt bleibt. Nicht nur die äußerste Linke schwächt unsere Stellung vor dem bittersten Ende. Welche Kräfte hier am Werke politischer Sabotage sind, zeigte so recht der sogenannte Nationalbund deutscher Offiziere,

ein Häuflein politisch urteilloser Herren.

(Große Unruhe rechts. — Zurufe: Na, na! — Lärm links.) In ihren Reihen spielt der ehemalige Rechtsanwalt Bredereck eine führende Rolle. (Stürmische Rufe Hört, hört! links. — Zurufe links: Ein Betrüger! — Lärm und Unruhe rechts.) Diese Herren brachten es fertig, bei ihren Versammlungen in Berlin „Heil dir im Siegerkranz" zu singen und durch das Ausbringen von Kaiserhochs für die armseligste Lappalie einer Clique, gegenüber 53 000 Mitgliedern des Deutschen Offizierbundes, der von solchen Politikastern nichts wissen will. (Hört! hört!) Man brachte dem General Ludendorff Ovationen, der sich natürlich ganz zufällig (große Unruhe rechts) in der Wilhelmstraße befand. (Hört! hört! bei der Mehrheit.) Das, was die Herren am Sonntag in Berlin getrieben haben, ist zwar nicht gewollter, aber in seinen Wirkungen war es Landesverrat. Wir protestieren mit aller Entschiedenheit gegen diese Vorkommnisse am Sonntag. Unser leidendes von jeder militärischen Kraft entblößtes und der Vernichtung preisgegebenes Volk — — — (stürmische Unterbrechung rechts. Zurufe rechts: Das ist die Schuld der Revolution — Lärm und Zurufe links: Ludendorff ist schuld — Bewegung im ganzen Hause.) Wir werden uns das Heraufbeschwören neuer außerpolitischer Gefahren durch

eine Handvoll Reaktionäre

nicht weiter gefallen lassen, wir dulden das nicht. Wir werden die Herren zu fassen wissen, die eine derartige Schuld der Vergangenheit auf eine neue Gegenwart übertragen wollen. (Hört! Hört! und Bewegung.) Die Anwesenheit des Generals Ludendorff bei diesen Vorgängen soll nicht leichten Herzens beurteilt werden. Seine Schuld oder Nichtschuld wird sich nur aus seinem Verhalten während des Krieges beurteilen lassen, er hat nach der Rückkehr aus Schweden das Urteil eines Staatsgerichtshofes verlangt.

Er soll es haben.

Im Namen der Reichsregierung habe ich zu erklären, daß wir schnellstens einen Gesetzentwurf zur Errichtung eines Staatsgerichtshofes bei diesem hohen Hause einbringen werden, um auch nach dieser Seite zu dokumentieren: Das neue Deutschland kennt für sich und für andere innere und äußere Gegensätze nur das Eine: Die Gesetze des Rechts und nur des Rechts. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wird die Besprechung der

Interpellation über Mittelstand und Kleingewerbe

begonnen.

Abg. **Herrmann**-Reutlingen (Dem.): Die Antwort des Ministers Wissell hat uns nicht in wünschenswertem Maße befriedigt. Die Organisation des Handwerks muß ausgebaut werden. Wir richten die Mahnung zur tatkräftigen Unterstützung des Mittelstandes nicht nur an die Regierung, sondern auch an die wohlhabenden Schichten, die am besten dazu imstande sind. (Lebh. Beifall b. d. Dem.)

Abg. **Hugo** (D. Vp.): Auch wir sind von den Erklärungen des Reichswirtschaftsministers nicht befriedigt. Wir lehnen es auf das Entschiedenste ab, daß Staat und Gemeinde den kleinen Gewerbetreibenden etwa durch Kommunalisierung der Bäckereien, der Fleischereien, des Baugewerbes usw. Konkurrenz macht. (Beifall und Zustimmung rechts.) Die weitverbreitete Arbeitsunlust geht zu einem großen Teil zurück auf die unzweckmäßige Ausgestaltung der Arbeitslosenfürsorge. Die Sozialisierung hemmt die Emporentwickelung der deutschen Wirtschaft.

Kommissar des Reichswirtschaftsamtes Geheimrat **Trendelenburg**: Ueber die Frage der Einführung des Achtstundentags im Handwerk schweben zurzeit Verhandlungen mit dem Reichsministerium. Ueber die Frage, inwieweit eine Kommunalisierung von kleinen Wirtschaftsbetrieben und Unternehmungen angezeigt erscheint, sind Erwägungen im Gange. Der Erlaß einer Verordnung über die Rohstoffversorgung des Handwerks steht unmittelbar bevor.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. **Wurm** (Unabh. Soz.), **Eisenberger** (Bayer. Bauernbund) und **Riesser** schließt die Besprechung.

Eine Reihe von Wahlprüfungen wird ohne Besprechung nach den Anträgen des Ausschusses erledigt.

Die Vorlage: Hinzutritt Württembergs zur Biersteuergemeinschaft wird in allen drei Lesungen verabschiedet, ebenso die Vorlage über die Besteuerung der Reichsbank für 1918.

Nächste Sitzung: Donnerstag 3 Uhr. (Notetat für 1919.)

Schluß nach 6 Uhr.

Preuß. Landesversammlung.

11. Sitzung, Mittwoch, den 26. März 1919.

Am Regierungstisch: Hirsch.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 12½ Uhr.

Das Haus tritt in die Besprechung der vom Staatsministerium am Dienstag abgegebenen

Erklärungen des Ministerpräsidenten

und des Finanzministers ein.

Abg. **Haas** (Soz.): Gestern hat sich in diesem hohen Hause zum erstenmal eine parlamentarische Regierung vorgestellt. Das bedeutet eine völlige Umwälzung angesichts der Tatsache, daß gerade hier sich die schärfsten Wahlrechtskämpfe abgespielt haben. Es ist bedauerlich, daß das preußische Volk bei den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung nicht eine sozialde-

---

Die Volkskirche als Staatskirche, ihr Werden, ihr Wirken und ihre Zukunft.

Vortrag, gehalten im Jahre 1912 auf der Eisenacher Konferenz in Detmold von Prof. D. Schaeder, Kiel.

I.

Wir sind hier nicht zusammengekommen, um kühle, begriffliche Erörterungen über die Kirche, insbesondere über die Staatskirche, anzustellen. Solche Erörterungen setzen eine Ruhe voraus, deren wir uns in der Gegenwart nicht erfreuen. Sie haben auch nur zu leicht der harten, andrängenden Wirklichkeit des kirchlichen Lebens gegenüber einen platonischen Charakter, oder sie sind wie ein feines Spinngewebe, das eine Hand, die vom Getriebe des Tages und seiner kirchlichen Kämpfe herkommt, leicht zerreißt. Nein, hinter unserem Thema steht ein Wille. Oder besser: hier, in diesem Thema fragt ein Wille, der die Notwendigkeit weitgreifender Entscheidungen auf dem kirchlichen Felde vor sich sieht. Wir wollen wissen, was wir angesichts der höchst komplizierten und heiß umstrittenen Verbindung, in welcher bei uns die Kirche, genauer die rechtverstandene Volkskirche, und der Staat zueinander stehen, eigentlich tun sollen. Es kommt uns in dieser Richtung auf ein Programm an. Aus diesem lebendigen Interesse heraus fragen wir nach der Zukunft der Staatskirche. Aber der Wille, der hier nach einer Marschroute für seine kirchliche Aktion begehrt, möchte wirklich Boden unter den Füßen haben. Er möchte davor geschützt sein, daß er der Staatskirche gegenüber zur unbedachten Willkür, zur blinden Liebhaberei, geschweige denn zur fanatischen Gegentreiberei wird. Deshalb ruft er die Geschichte auf den Plan. Er fragt nach dem Werden und Wirken der Staatskirche. Ihre Herkunft, ihre Leistungen will er überschlagen; selbstverständlich nicht nur mit dem Auge des Geschichtskenners, sondern auch mit dem des Glaubensmenschen. So, durch die sachliche und innerliche Betrachtung der vor uns liegenden geschichtlichen Wirklichkeit geklärt, will er sich zur Entscheidung und zur Tat aufrichten oder wenigstens zu beiden rüsten.

Aber nun ist eins ohne weiteres klar. Wer nach der Volkskirche und weiterhin nach der Staatskirche fragt, der muß vorher, wenigstens von der entscheidenden Seite her, die Kirche selbst ins Auge fassen. Er baut sonst harmlos in die Luft. Das ist doch die charakteristische Situation von heute, und mit dem Blick auf sie müssen wir ohne Zweifel beginnen: die Kirche selbst, und zwar die Kirche in ihrer innersten, eigentlichen Wesenheit, an der alles, was wir über ihre Erscheinungsform zu sagen haben, hängt, wird um uns her reichlich und nachdrücklich bestritten. Der starke Strom einer kompakten geistigen Bewegung richtet sich gegen die Kirche überhaupt. Wieder einmal wird das Wort Richard Rothes lebendig, nur viel beherzter, als dieser stille Denker es vertreten hatte, daß der Protestantismus der Übergang des Christentums von der kirchlichen in die außerkirchliche Form sei. Also gar nicht Staatskirche oder nicht, sondern Nichtkirche. Nun wollen wir gewiß demgegenüber alle die Kirche, ich meine die Kirche im letzten, tiefsten Sinne des Wortes. Und mehr noch: wir wissen ganz genau, daß wir sie wollen müssen, weil sie eine unleugbare, unaufhebbare Tatsache unseres geschichtlichen und aus der Ewigkeit stammenden Lebens ist. Aber wir würden doch unsere ganze Erörterung über Volkskirche und Staatskirche ohne die nötige Sicherung lassen, wenn wir uns nicht den entscheidenden Einwand, der heute gegen die Kirche erhoben wird, vergegenwärtigten und ihn entkräfteten. Es ist in der Tat im Grunde einer. Man bestreitet die Kirche, weil man die Tatsache eines kirchlichen Bekenntnisses bestreitet. Man sieht: gibt es kein kirchliches Bekenntnis, ist die Behauptung desselben eine Fiktion, läßt sich das beweisen, dann ist es mit der Kirche vorbei. In der Tat: so ist es. Was ist denn die Kirche? Mit den Aposteln, mit den Männern der Reformation, Luther vorab, ist sie uns die am Evangelium von Christus oder an der gnädigen und verpflichtenden Offenbarung Gottes in Christus gebildete Menschengemeinschaft, deren charakteristische Lebensform Glauben und Liebe sind. Wie Luther es in den Schmalkaldener Artikeln ausdrückt: „Es weiß, gottlob, ein Kind von sieben Jahren, was die Kirche sei, nämlich die heiligen Gläubigen und die Schäflein, die ihres Hirten Stimme hören. Denn also beten die Kinder: Ich glaube eine heilige christliche Kirche. Die Heiligkeit bestehet . . . im Wort Gottes und im rechten Glauben." Zu dieser Kirche gehört unveräußerlich das Bekenntnis. Denn das Bekenntnis ist nichts anderes als der aus dem Glauben geborene Ausdruck der Glaubensgemeinschaft für das Evangelium oder für die geschichtliche Tatoffenbarung Gottes, also der Ausdruck für das, was als gemeinsame Wurzel persönlichen, christlichen Glaubenslebens die einzelnen Glaubenden zur Gemeinschaft verbindet. Dies Objektive ist das entscheidende Gemeinschaftbildende, worin läge es denn sonst? Hat die Kirche, hat diese Gemeinschaft keinen solchen Ausdruck für den lebendigen Grund und Inhalt ihres Glaubens, einen Ausdruck, in welchem sich ihre Glieder zusammenfinden, vereinigen, verstehen, dann existiert sie eben nicht mehr. Dann ist ihr der Grund ihres charakteristischen, in der Geschichte schlechthin einzigartigen Gemeinschaftslebens, nämlich das Evangelium, verborgen oder entzogen. Dann ist sie, auf ihr Verhältnis zu dem lebendigen Gott gesehen, an dem ja alles für sie hängt, offenbarungslos; sie ist dahin. Dies bedeutet die unzerreißbare Verbindung von Kirche und Bekenntnis. Sie beleuchtet tief und klar die Existenzfrage der Kirche.

(Fortsetzung folgt.)

mokratische Mehrheit zustandegebracht hat. Es wäre besser gewesen, wenn wir gestern die Erklärungen einer rein sozialistischen Regierung entgegengenommen hätten. So müssen wir uns mit einer Koalitionsregierung begnügen. Wir geben zu, daß die Ausführungen des Ministerpräsidenten

weitgehende Zugeständnisse

an unsere freiheitlichen Forderungen enthielten. In der Durchführung ihres Programms werden wir die Regierung unterstützen, aber auch auf dem Gebiete der Freiheit und des Sozialismus vorwärts treiben. Solange die deutsche Republik kein Einheitsstaat ist, halten wir an einem freiheitlichen Preußen fest, das wir vorbildlich auszubauen bemüht sein werden. Im besonderen werden wir hier für feste Verankerung der Revolution in der Verfassung sorgen.

Abg. **Dr. Porsch** (Zentr.): Wir sind wieder ein verarmtes, zertretenes und zerstückeltes Volk geworden, darum müssen wir auch wiederum in treuester Pflichterfüllung das letzte hingeben, um unser Land vor dem Untergange zu bewahren. Wir brauchen einen gerechten und dauernden Frieden, der die Hunderttausende in harter Gefangenschaft schmachtenden deutschen Krieger ihren Familien zurückgibt, der ausreichend Brot schafft und damit den breiten Massen die Fähigkeit und die Freude zur Arbeit wiedergibt.

In Weimar ist der Satz aufgestellt worden von der Sicherstellung der persönlichen und der Gewissensfreiheit: eine feste Form hat er ja noch nicht erhalten. In Ausführung dieses Grundsatzes will nun die Regierung in weiterem Maße als bisher die Möglichkeit schaffen,

außerhalb des Schattens der Kirche

zu leben. Hier tritt der neue Begriff des wahlfreien Religionsunterrichtes in den Vordergrund. Ich verstehe das so: die Religion bleibt wie bisher Unterrichtsfach, aber der Lehrer, der diesen Unterricht aus Gewissensrücksichten nicht erteilen kann, hat das Recht, ihre Kinder davon fernzuhalten.

Diese Freiheit zu gewähren, sind wir bereit. Aber diese Freiheit würde keine wahre Freiheit sein, wenn nun den Millionen, welche aus Gewissensrücksichten in fester Verbindung mit ihrem Glauben leben und sterben wollen, dieser Glaube verkümmert würde, wenn den Eltern, die dem Staate ihre Kinder anvertrauen müssen, nicht unverkümmert die Möglichkeit gewährt würde, den Glauben der Kinder nach Tunlichkeit zu fördern. (Zustimmung im Zentrum.)

Abg. **v. Kardorff** (D. Natl.): In dem Augenblick, wo wir vor den neuen Aufgaben eines neuen Preußen stehen, gedenken wir in tiefster Wehmut, aber auch in tiefster Dankbarkeit des alten Preußens, dessen Größe und dessen Verdienste um die Kulturaufgaben selbst der jetzige Ministerpräsident anerkannt hat. Es ist ein Vorgang unerhörtester Art, wie man das preußische Offizierkorps, das man uns der Welt vergeblich nachzumachen versucht hat, mit Schmutz und mit Schande beworfen hat. (Große Unruhe links, Zustimmung rechts.) In der Tat, die auf dem Felde der Ehre geblieben sind, sie können glücklich sein, daß es ihnen erspart geblieben ist, ihr Vaterland in einer Verfassung wiederzusehen, wo das Banner der Wehrlosigkeit und der Ehrlosigkeit aufgepflanzt ist. (Stürmische Unterbrechung links. — Rufe: Wer ist schuld daran? Sie, gerade Sie!)

Daß der Zusammenbruch in so einer furchtbaren Form erfolgte, ist Ihre Schuld. (Sturm auf der Linken. — Rufe: Landrat!) Halten Sie mich denn für so charakterlos, daß ich hier irgend etwas nicht sagen darf, weil ich draußen Landrat bin? — Unser Anhang im Lande ist stärker als die Zahl unserer Mandate. (Gelächter.)

Auch über den Kreis meiner Freunde hinaus hat es peinlich im Hause berührt, daß der Ministerpräsident es nicht der Mühe wert gehalten hat, unserem früheren Fürstenhause ein Wort zu widmen. (Große Unruhe und Lachen links.) Die Revolution ist

das größte Verbrechen

das je am deutschen Volke begangen worden ist. Und was waren die Folgen? (Zuruf: Der Zusammenbruch der Junkerherrschaft!) Der Zusammenbruch des deutschen Heeres. Sie haben Posen verloren, weil Sie keine Armee gehabt haben. Von Ihrer Seite (zu den Sozialdemokraten) ist jedenfalls das Haus in Brand gesteckt worden. Denken Sie an die Arbeiter- und Soldatenräte. Was haben diese Räte, die den Revolutionsschwindel gemacht haben, nicht nur dem Staat, sondern auch den Gemeinden gekostet! (Stürmische Entrüstungskundgebungen bei den Sozialdemokraten. Präsident Leinert ruft den Redner zur Ordnung.) Dem Kulturprogramm der Regierung können wir nicht folgen. Wir haben es als eine persönliche Beleidigung empfunden, daß ein Mann wie Adolf Hoffmann Kultusminister eines Kulturstaates ersten Ranges geworden ist. (Lebhafter Beifall.) Verlieren wir jedoch nicht den Glauben an unser Volk. Wir hoffen seine Wiedergeburt durch die Pflege nationaler Gedanken. Wenn wir auch jetzt nur schwach im Hause vertreten sind, so ist doch unser die Zukunft und unser der Sieg! (Lebhafter Beifall rechts, Zurufe links: Es lebe der Landrat!)

Ministerpräsident **Hirsch**: Herr von Kardorff hat eine höchst provokatorische Rede gehalten. Ich habe sie geradezu als

Signal zur Gegenrevolution

empfunden. (Lebhafte Bewegung im ganzen Hause.) Die Regierung ist entschlossen, alle reaktionären Strömungen mit Macht zu bekämpfen und wird durch die Kardorffsche Rede in der Auffassung bestärkt, daß die demokratischen Reformen aufs schnellste durchgeführt werden müssen. (Lebhafter Beifall links. Zahlreiche Zurufe.) Es kann nicht beunruhigen, daß Herr von Kardorff die Revolution das größte Verbrechen genannt hat. Er selbst weiß aus der Geschichte, daß bei früheren Revolutionen die verdrängten Machthaber ebenso wie er immer von dem „Revolutionsverbrechen" gesprochen haben. Das größte Verbrechen am Volke haben diejenigen begangen, die für den Krieg verantwortlich sind. (Stürmischer Beifall.) Herr von Kardorff kann nicht bestreiten, daß gerade von zahlreichen seiner Parteifreunde vor und während des Krieges Hetzreden gehalten und phantastische Annektionspläne propagiert worden sind. (Stürmischer Beifall.)

Wir bestreiten nicht die Pflichttreue der Beamtenschaft: eine große Anzahl Beamter übt aber passive Resistenz, an mehreren Stellen ist sogar von ihnen eine Aufforderung gegen die Abhaltung der Gemeindewahlen ergangen. Das kann die Regierung nicht dulden und muß solche Beamte beseitigen.

Finanzminister **Südekum**: An einzelnen Orten haben sich die Räte die größten Verdienste erworben, namentlich auch dort im besetzten Gebiet, wo die Offiziere ihre Pflicht in schändlicher unverantwortlicher Weise vernachlässigt haben. Dort sind von den Räten dem Staate Millionen und Milliarden gerettet worden. Ich sage nur das eine Wort Brüssel. Die verantwortlichen Stellen haben dort ihre Pflicht schmählich im Stich gelassen.

Leute mit Epauletten,

die so groß waren, daß sie kaum auf den Schultern Platz hatten, sind in einer Weise ausgerissen, daß das ein ewiges Schandmal sein wird. Bei Nacht und Nebel haben sie sich und ihr Gut in Sicherheit gebracht. (Lebhafte Zustimmung der Soz.) Die Herren von der Rechten sind also am wenigsten berechtigt, Vorwürfe zu erheben. (Beifall der Soz.)

Abg. **Cassel** (Dem.): Den Zusammenbruch haben nicht die Sozialdemokraten verursacht, sondern das alte Regime. Durch die Verweigerung des Wahlrechts wurde eine schwere Erbitterung in die Massen getragen. Bedauerlich ist, daß kerndeutsche Gebiete jetzt von den Polen bedroht sind. Unser Staatswesen muß ganz demokratisiert werden. Wir verlangen die Gleichberechtigung aller Bürger. Besonderen Dank verdienen die Beamten. Wir wollen jeden Gewissenszwang beseitigen, darum begrüßen wir den wahlfreien konfessionellen Unterricht. Der Vergesellschaftung von Betrieben, die dafür reif sind, stimmen wir zu. Ebenso und Verkehr. Wir sind aber gegen die Verstadtlichung des Lebensmittelhandels.

Abg. **Dr. Rosenfeld** (U. Soz.) bekämpft die Politik der Mehrheitssozialdemokraten, die einen wirklichen Erfolg der Revolution verhindert hätten. Die einzige Rettung Deutschlands sei die Diktatur des Proletariats.

Minister des Innern **Heine** wendet sich scharf gegen Dr. Rosenfeld. Eine Amnestie können wir unmöglich machen, so lange uns noch neue Kämpfe drohen. Der Minister fordert alle Parteien zur Mitarbeit auf. Nur Arbeit kann uns retten.

Finanzminister **Dr. Südekum** wendet sich ebenfalls gegen Dr. Rosenfeld. Die Steuerfreiheit aller Zensiten bis zu 3000 Mark sei unmöglich. Die Steuergrenze muß geändert werden entsprechend der Verschiebung der Lebensverhältnisse. Steuerfrei soll niemand sein. Jeder muß zu den Lasten des Staates beitragen.

•

Donnerstag-Sitzung.

12. Sitzung, Donnerstag, den 27. März, 1919.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Die förmliche Anfrage des Abg. Dr. Seinicke (Zentr.) über verstärkten polizeilichen Schutz gegen räuberische Ueberfälle auf dem Lande wird, wie Ministerpräsident Hirsch erklärt, in den nächsten Tagen beantwortet werden.

Das Gesetz über die Umlegung von Grundstücken in Köln wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Darauf wird die Aussprache über

das Regierungsprogramm

fortgesetzt.

Landwirtschaftsminister **Braun** stellt fest, daß auch die Regierung die Bedeutung der Landwirtschaft durchaus zu würdigen wisse.

Mit allen Mitteln werde ich politische Kundgebungen von Landwirtschaftskammern, wie sie in der letzten Zeit schon mehrfach erfolgt sind, bekämpfen. (Unruhe rechts.) In den Landwirtschaftskammern wird die Regierung alle landwirtschaftlichen Gruppen ohne Unterschied der Partei zusammenfassen. (Unruhe rechts.)

Erleichternd für die Landwirtschaft wirkt der Umstand, daß sie sich für die Beseitigung der Kriegsschäden

auf vier feste Jahre

stützen kann. (Widerspruch rechts.) Sie können nicht bestreiten, daß die Landwirtschaft während des Krieges recht gut verdient hat. Der Minister zeigt an einem Beispiel, daß 10 Domänen, die im Frieden zu 145 000 Mark verpachtet waren, im Jahre 1917 einen Gewinn von 807 000 Mark brachten.

Es ist zuzugeben, daß die Landwirtschaft durch den Krieg in ungewöhnliche Betriebsschwierigkeiten geraten ist, die durch Streiks noch verschärft wurden. Von den Unabhängigen wurde hier vor einigen Tagen gerufen: Es wird noch nicht genug gestreikt. Dieses Wort heißt nichts anderes als: es wird noch nicht genug gehungert! Die Hungerqual des Volkes ist ganz einfach die letzte Hoffnung für die Unabhängigen, ihre Politik durchzusetzen. (Stürmischer Beifall.) Große Schwierigkeiten bietet das Problem der ländlichen Arbeiterfrage. Es sind nicht genügend Arbeitskräfte vorhanden. Es muß alles daran gesetzt werden, den ganzen Landarbeiterstand fachlich viel höher qualifiziert zu gestalten. Ich habe die Absicht, die freiwerdenden Domänen nicht wieder zu verpachten, sondern sie dem Staat zur Besiedlung, zu Musteranlagen und zu genossenschaftlicher Bewirtschaftung zur Verfügung zu stellen.

Abg. **v. Richter** (Hannover) (D. Vp.): Gerade die kleinere Landwirtschaft, gerade die bäuerliche Bevölkerung, die unter dem Kriege unsagbar zu leiden gehabt hat, hat mit einer Energie und einem Fleiße für das Volkswohl gearbeitet, ganz besonders auch die Bauersfrauen, daß der Minister auch für diese treue Arbeit ein Wort der Anerkennung hätte finden können. (Zustimmung rechts.) Die Aussicht auf eine bessere Fachaussicht in der Landwirtschaft begrüßen wir. Die häufigen Wiederholungen über eine Gegenrevolution sind wesentlich nur Vorbeugungen der Regierung nach links vor den Unabhängigen, die sie fürchten muß und denen sie mit ihren Maßnahmen immer wieder Rechnung tragen muß. Ich stehe trotz dieser Ausführungen nicht an, zu erklären, daß wir die Ereignisse vom 9. November, deren Folgen wir zu tragen haben, auf das schmerzlichste bedauern. (Zustimmung rechts.) Mit tiefem Schmerze nehmen wir

Abschied von dem alten Preußen.

500 Jahre der Herrschaft brandenburgischer Kurfürsten und preußischer Könige liegen hinter uns. Eine unparteiische Geschichte hat festgestellt und wird immer feststellen, daß das Geschlecht der Hohenzollern weit mehr als andere Herrschergeschlechter eine große Anzahl hervorragender, pflichttreuer, um den Aufstieg des Landes hochverdienter Herrscher hervorgebracht hat. (Beifall rechts.)

Abg. **Schreck** (Soz.): Solche Reden, wie die des Herrn von Kardorff erschweren nur den Wiederaufbau Deutschlands, und seine Sehnsucht nach einem starken Heer hat zweifellos der Waffenstillstandskommission neue Hindernisse in den Weg gelegt. (Beifall links.) Wer hat den Soldaten das schlechte Beispiel der Mißachtung fremden Besitzes gegeben? Wer hat das wichtigste Heeresgut im Stiche gelassen? Die Arbeiter- und Soldatenräte des Westens haben geradezu einen Schutzwall aufrichten müssen, gegen die Raubversuche der Elemente im Heere, die nicht zu den minderbemittelten sozialen Schichten gehören.

Kaiser- und Kronprinzen-Briefe.

Die Auseinandersetzungen, die in den ereignisschweren Novembertagen 1918 zwischen Berlin und dem Großen Hauptquartier stattfanden und die mit der Abdankung des Kaisers und der Ausrufung der Republik endeten, sind bis heute noch nicht völlig geklärt. Die „Deutsche Zeitung" veröffentlicht jetzt zu dieser Frage zwei Briefe. Einen

Brief des Kaisers an den Kronprinzen,

vom 9. November abends datiert und vom Kaiser eigenhändig geschrieben, lautet:

Mein lieber Junge!

Nachdem der Feldmarschall mir gemeldet hat, daß er meine Sicherheit im Hauptquartier nicht mehr verbürgen könne und daß auch die Truppen nicht mehr zuverlässig seien, habe ich mich nach schwerem inneren Kampf entschlossen, das zusammengebrochene Heer zu verlassen und nach Holland zu gehen. Ich rate Dir, bis zum Abschluß des Waffenstillstandes auf Deinem Posten auszuharren. In Berlin bekämpfen sich unter Führung von Ebert und Liebknecht zwei Regierungen. Hoffentlich auf Wiedersehen in besseren Zeiten.

Dein treuer tiefgebeugter Vater

Wilhelm.

Der Kronprinz an die Regierung.

Kronprinz Wilhelm hatte am 11. November vormittags folgende Anfrage an den damaligen Reichskanzler Ebert gerichtet:

„S. K. H. der Kronprinz hat den dringenden Wunsch, auf seinem Posten zu bleiben, um wie jeder andere Soldat seine Pflicht zu tun. Er wird sein Heer in strasser Disziplin und Ordnung in die Heimat zurückführen und verpflichtet sich, in keiner Weise in dieser Zeit gegen die jetzige Regierung etwas zu unternehmen. Wie stellt sich die Regierung zu dieser Frage?"

Am nächsten Tage lief folgende Antwort ein:

Nach Vortrag des Kriegsministers Scheüch müsse die Regierung die Anfrage des Kronprinzen in verneinendem Sinne beantworten.

Infolge dieser Antwort entschloß sich der Kronprinz, den Oberbefehl niederzulegen. Es geschah durch ein

Schreiben des Kronprinzen an Hindenburg.

In diesem erklärt der Thronfolger, daß er den Krieg stets als Verteidigungskrieg aufgefaßt habe und von Anfang an für einen Verständigungsfrieden gewesen sei. Der Kronprinz legt gegen die Vergewaltigung seiner Person, seiner Rechte und Ansprüche Verwahrung ein und schließt mit dem heißen Wunsche, daß unser geliebtes Vaterland aus diesen schweren Stürmen den Weg zur inneren Gesundung und einer neuen besseren Zukunft finden möge.

•

General Kluck über die Marne-Schlacht.

Wie aus London gemeldet wird, gab General v. Kluck in einer weiteren Unterredung mit einem Korrespondenten der „Daily Mail" folgende interessante Einzelheiten über die Marneschlacht:

„Man sagt, daß ich die Schlacht an der Marne verloren habe, weil ich meine Truppen durch Gewaltmärsche erschöpfte. Das ist nicht richtig. Wahr ist vielmehr, daß ich nur unter Protest vorgerückt bin, nachdem ich zweimal den Befehl zum Vormarsch erhalten hatte. Dieser Befehl kam vom Großen Generalstab mit Moltke als Chef. Man beachtete meine Einwände nicht, trotzdem auf der Hand lag, daß, wenn die Franzosen in und um Paris Streitkräfte konzentrieren würden, mein rechter Flügel bedroht war.

Der deutsche Generalstab unterschätzte vollkommen den Wert der französischen Reserven und befahl auf gut Glück ins Ungewisse hineinzulaufen. Ich mußte gehorchen, und ich tat gut, meine 6. Armee auf den rechten Flügel zu schicken. Bei dem kurz darauf folgenden wütenden Gegenangriff der französischen Truppen wußte ich sofort, daß es für mich nur einen Ausweg gab: die Rettung meiner Armee. Ich ließ mein Korps so um sich selbst drehen, daß es stets eine neue Front in der Angriffsrichtung der Engländer und Franzosen bildete.

Dadurch konnte ich die anderen Armeekorps zurückziehen. Dieses Rückzugsmanöver wurde von unseren Feinden zu spät erkannt. Wenn sie schnell gewesen wären, hätten sie unseren Rückzug in eine Katastrophe verwandeln können, aber so wurde meine Armee gerettet."

Ein Verhandlungsfrieden?

Ausländische Blätter hatten vor einiger Zeit Aeußerungen von Lloyd George und Pichon mitgeteilt, wonach nach übereinstimmender Ansicht dieser beiden Staatsmänner die Friedenskonferenz sich nicht auf Verhandlungen mit der deutschen Delegation einlassen werde. Die Deutschen müßten sich damit begnügen, den ihnen von den assoziierten Regierungen vorzulegenden Friedensvertragsentwurf entweder anzunehmen oder abzulehnen.

Daraufhin hat der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission, Reichsminister Erzberger, am 19. März in Spaa eine Anfrage stellen lassen, in welcher eine Auskunft darüber verlangt wurde, ob die erwähnten Aeußerungen den Tatsachen entsprechen. Am

26. März ist von Marschall Foch in Spaa folgende telegraphische Antwort eingegangen:

Die Herren Lloyd George und Pichon haben niemals die Erklärung abgegeben, welche ihnen zugeschrieben worden sind, und welche die Anfrage veranlaßt haben, die am 19. 3. von dem Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission gestellt worden ist.

•

Kenntnisgabe des Völkerbundvertrages an Deutschland.

Eine von maßgebender verantwortlicher Seite abgegebene Erklärung behebt jeden Zweifel daran, daß im Friedensvertrag auf den Völkerbund Bezug genommen wird. In dieser Erklärung wird hervorgehoben, daß im Friedensvertrag auf den Völkerbund Bezug genommen werden muß. Daraus ergibt sich, daß der Völkerbundentwurf im Friedensvertrag den deutschen Delegierten zur Kenntnis gebracht wird.

•

Der Vorfriedensvertrag.

Ein Pariser Telegramm besagt: Wir hören, daß Präsident Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando vorschlagen, sofort die Aufzeichnung des Vorfriedensvertrags in Angriff zu nehmen und in ihm alle bisher erreichten Entscheidungen aufzunehmen. Sie hoffen, den Friedensvertrag in seiner endgültigen Form während der nächsten Woche beendet zu haben.

Deutsches Reich.

Die deutschen Militärs bei der Friedenskonferenz.

Der militärischen Vertretung bei der deutschen Friedensgesandtschaft gehören nachstehende Offiziere des Generalstabes als dessen Beauftragte an:

General v. Hammerstein, der bisherige militärische Vorsitzende der Waffenstillstandskommission in Spaa, Major v. Bock, zuletzt erster Generalstabsoffizier bei der Heeresgruppe deutscher Kronprinz. Oberstleutnant v. Xylander vom bayerischen Generalstab, Major von Böttticher vom sächsischen Generalstab und der württembergische Hauptmann Geyer.

Die Leitung der militärischen Vertretung übernimmt Generalmajor v. Wriesberg vom preußischen Kriegsministerium.

Die Lebensmittellieferungen aus Holland.

Der Haager Korrespondent des „W. T. B." meldet: Für Lieferung von Lebensmitteln aus Holland kommen außer Kartoffeln, über die bereits verhandelt wird, noch getrocknete Kartoffeln, Hülsenfrüchte, kondensierte Milch, gesalzenes Schweine- und Hammelfleisch sowie Butter schon in nächster Zeit in Frage. Außerdem werden über Holland und Uebersee Lebensmittel, insbesondere Fette und Oele, zu beziehen sein.

In einer Besprechung, die unter Zuziehung sämtlicher Vertrauensleute und Leiter der Reichsstelle sowie hervorragender deutscher Kaufleute stattgefunden hat, wurde einstimmig festgestellt, daß nur der freie Handel in der Lage ist, die auf Grund des Brüsseler Abkommens zulässigen Mengen von Uebersee in schnellster und billigster Weise nach Deutschland zu bringen. Gerade für die nächsten Wochen, bis der geregelte Schiffsverkehr über See eingesetzt hat, kommt es darauf an, auf diese Weise die in Holland lagernden Lebensmittel zu erfassen und für die deutsche Bevölkerung nutzbar zu machen.

Der Aufbau der Reichswehr.

Die Vorarbeiten für die Durchführung des Reichswehrgesetzes sind soweit gediehen, daß eine Anzahl von Verbänden die Bedingungen für die Reichswehr erfüllen und allernächstens in die Reichswehr übergeführt werden. Diese Verbände unterstehen dem Reichswehrminister. Damit wird auch das sogenannte wilde Werben der einzelnen Truppenverbände aufhören.

Zwar wird nicht entbehrt werden können, daß auch für die Reichswehr durch Zeitungen und Plakate Freiwillige aufgerufen werden. Aber diese Arbeit des Ersatzwesens wird eine allgemeine dienstliche Regelung erfahren und nicht mehr der beliebigen Betätigung der einzelnen Führer und Unterführer überlassen bleiben.

Der internationale Achtstundentag.

Auf eine Anfrage des Abg. Voegler (D. Volkspartei) ist von dem Reichsarbeitsminister Bauer folgende Antwort eingegangen: Die Reichsregierung ist bereit, darauf hinzuwirken, daß in den bevorstehenden Friedensverträgen eine internationale Vereinbarung über die Einführung der regelmäßigen achtstündigen Arbeitszeit für die Arbeiter in industriellen Betrieben getroffen wird.

Die sechsstündige Schicht im Bergbau.

Die Einführung der sechsstündigen Arbeitsschicht im Bergbau die zuerst von Bergleuten der Hamborner Zechen selbständig durchgeführt werde, macht Schule. Insgesamt wird bis jetzt auf einem Drittel aller Ruhrzechen die sechsstündige Arbeitsschicht von den Bergleuten selbständig gefahren.

An unsere Leser!

Vom 1. April ab wird die bisherige Zeitung „Der Ravensberger" unter dem Titel: **„Aufwärts Ausgabe B"** erscheinen. Von verschiedenen Seiten wird uns mitgeteilt, daß an der Post die Frage gestellt wird, ob man Aufwärts Ausgabe B oder Ausgabe A wünsche. Ausgabe B ist **Lokalausgabe** für das östliche Westfalen und wird auf der 3. und 4. Seite mehr Lokal- und parteipolitische Nachrichten bringen. Für die Leser im Reiche, d. h. über die Grenzen des Bezirks Minden hinaus, kommt auch in Zukunft nur **„Aufwärts" in Frage.** Sollte hier und da gefragt werden, ob Ausgabe A oder B gemeint ist, müßten die Leser, um jede Verwechselung zu vermeiden, Ausgabe A verlangen, obgleich der bisherige „Aufwärts auch in Zukunft nur die alte Bezeichnung behält.

Stadtverordnetenwahlen in Posen.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Posen erhielten die Deutschen 23 780 Stimmen, die Nationaljuden 1692, die Polen 55 594, die Sozialdemokraten 2650, ein Wilder 557. Die Deutschen erhielten also 28 Prozent, die Nationaljuden 2 Prozent, zusammen also 30 Prozent. An Mandaten erhalten durch diese Wahlen die Polen 41, die Deutschen 17, die Sozialdemokraten 1 und die Juden 1. Unter den in Posen herrschenden politischen Zwangszuständen muß dieses Ergebnis für die Deutschen als recht günstig angesehen werden, da zweifellos viele von ihnen aus begreiflichen Gründen nicht zur Wahl gegangen sind bezw. nicht zur Wahl gehen konnten.

Die Lebensmittelschiffe.

Die Ablieferung der im Hamburger Hafen liegenden Lebensmittelschiffe nimmt einen befriedigenden Fortgang. Ein großer Teil der für die Heimbeförderungen von Truppen hergerichteten Dampfer ist bereits nach England abgefertigt worden und wartet dort auf weitere Order. Andere liegen zur Abfahrt bereit oder befinden sich zur Vornahme der Renovierungsarbeiten in den Werften. Es kommen insgesamt 120 Schiffe zur Ablieferung. Der Dampfer „Rio Negro", der wegen Maschinenschaden seine Reise aufgeben und nach dem Abgangshafen zurückkehren mußte, ist ausgebessert am Mittwoch wieder in See gegangen.

Die Ausfahrt der Schiffe aus den Weserhäfen vollzieht sich überall glatt. Aus dem Bremer Hafen ist der Hansadampfer „Achenburg" ausgelaufen. Es liegen in Bremen noch weitere drei Dampfer bereit. Von Nordenham aus haben die Dampfer „Hebe", „Raimund", „Greifenfels" und „Gerfried" die Ausreise angetreten. „Olympos" und „Hamburg" fahren voraussichtlich erst Sonnabend aus. Die Dampfer haben teilweise nur unvollständige Besatzung. Aus Bremerhaven sind die Lloyddampfer „Zeppelin" und „Prinz Friedrich Wilhelm", „Waldeck" und „Meiningen" ausgelaufen. „Prinz Ludwig", „Gießen", „Frankfurt" und „Altenburg" sind fahrtbereit. Insgesamt haben bisher 16 Dampfer die Weserhäfen verlassen.

Ausland.

Die Pariser Geheimberatungen.

„Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet: Der Viermännerrat hat seine neue Methode der geheimen Beratungen fortgesetzt, und zwar vormittags bei Wilson und abends im Kriegsministerium. Man hofft, auf diese Weise die Arbeit schneller zu fördern. Die Frage der von den Deutschen zu zahlenden Kriegsentschädigung macht immer noch Schwierigkeiten. Man kann sich noch nicht einigen. Der Oberste Rat wird das später feststellen.

Weiter wurde über die Ereignisse in Ungarn und die Frage des Bolschewismus gesprochen. Die vier Reichshäupter studierten diese Frage an einer besonders für diesen Zweck hergestellten Landkarte und entdeckten dabei erstaunt, daß der Bolschewismus

beinahe halb Europa

ergriffen hat. Auch gingen ernste Nachrichten aus der Gegend von Odessa ein.

Der Viermännerrat regelte die Fragen der deutschen Grenzen. Man will so bald wie möglich Frieden schließen, aber es muß darauf hingewiesen werden, daß die Formulierung des Vertrages selbst, wenn auch das Prinzip der Behandlung der wichtigsten Punkte festgestellt ist, noch viel Arbeit bieten wird. Inzwischen wird an dem Völkerbund weitergearbeitet. Denn wegen der vielen Aenderungen ist es auch hier nötig, einen ganz neuen Wortlaut festzustellen.

Radek zum Gesandten in Berlin ernannt.

Die neue ukrainische Sowjetregierung wandelt in denselben Fußtapfen, wie ihr großes Vorbild, die russische Sowjetrepublik. Der in Wilna erscheinende bolschewistische „Litowski Kurjer" bringt aus Moskau folgende Nachricht:

Die ukrainische Sowjetregierung sandte an den Staatssekretär des Aeußeren nach Berlin ein Radio, in dem alle Vollmachten, die die Regierung des Hetmans und des ukrainischen Direktoriums den ukrainischen Vertretern und anderen Persönlichkeiten erteilt hat, für erloschen erklärt werden. Zu gleicher Zeit gibt die ukrainische Sowjetregierung bekannt, daß sie als bevollmächtigten Vertreter für Deutschland Karl Radek ernennt, der augenblicklich in Deutschland im Gefängnis sitzt.

Verschiedenes.

— **Militärische Versorgungsgebührnisse aus den vom Feinde besetzten Gebieten.** Infolge Unterbindung des Postverkehrs mit den vom Feinde uesetzten Gebieten besteht für die jenes Gebiet verlassen haben, keine Möglichkeit, ihre Versorgungsgebührnisse in der bisherigen Weise zu empfangen.

Anträge auf Weiterzahlung können gestellt werden bei dem preußischen Kriegsministerium und zwar: seitens der pensionierten Offiziere und Beamten an die Pensionsabteilung; seitens der Empfänger von Invalidenpensionen und Militärrenten an die Renten-Abteilung; seitens der Hinterbliebenen von Militärpersonen an die Versorgungs-Abteilung für Hinterbliebene. Die Anträge müssen enthalten: Namen = (Ruf- und Zuname, bei Witwen auch Mädchenname), letzten Dienstgrad (des Empfängers, bei Hinterbliebenen des verstorbenen Mannes oder Vaters), bisherige Wohnung, zuletzt zuständig gewesene Pensionsregelungsbehörde, zuletzt zuständig gewesene zahlende Postanstalt, bisherige Stammkarten-Nr. und Katasterzeichen, Höhe der betr. monatlichen Gebührnisse (einzelne Sätze getrennt aufgeführt,), Angabe, bis zu welchem Zeitpunkte diese Gebührnisse usw. empfangen sind, Erklärung daß eine Vollmacht zur Weiterabhebung der Gebührnisse in dem früheren Wohnort durch Angehörige usw. nicht erteilt worden ist, jetzigen Aufenthaltsort unter genauer Wohnungsangabe. Renten- usw. Bescheid, Rentenbuch, Militärpaß sind mit vorzulegen.

* **Gegen die Abtrennung des Rheinlandes.** Eine Versammlung evangelischer Männer und Frauen in der Kirche an der Wilhelmsaue zu Bln.-Wilmersdorf nahm nach Ansprachen von Pfarrer Lic. Schettler und Konsi.-Rat Lang einmütig eine Entschließung an, in der flammender Protest gegen alle Versuche, linksrheinisches Gebiet von Deutschland loszureißen, erhoben und die Reichsregierung aufgefordert wird, „mit allen Mitteln solche unerhörte Gewalttat zu verhindern." An die neutralen Völker wird appelliert, „sich diesem schamlosen Eingriff in das so laut angekündigte Selbstbestimmungsrecht der Nationen zu widersetzen".

Die Arbeiterräte in der Verfassung.

Im Verfassungsausschuß erklärte Reichsminister Preuß, daß die Vorlage über die Einfügung der Arbeiterräte in die Verfassung noch nicht festgesetzt sei, daß aber jedenfalls nicht beabsichtigt sei, den Arbeiterräten eine Vertretung im Reichsrat zu geben.

Letzte Nachrichten.

Die Umwälzung in Ungarn.

wtb. (Bur. d. Vorl. Reg.) Wien, 27. März. Lenin hat an Bela Kun einen Funkspruch gerichtet, in dem es heißt: „Bitte mitzuteilen, welche eventuelle Garantien Sie dafür haben, daß die neue ungarische Regierung wirklich kommunistisch, nicht nur einfach sozialistisch, das heißt, sozialverräterisch (!) ist. Es ist sicher, daß infolge der eigenartigen Verhältnisse in Ungarn die Revolution als bloße Nachahmung unserer russischen Taktik in ihren Einzelheiten zu einem Fehler wird. Vor diesem Fehler muß ich warnen."

Die verbündete Mission in Danzig interniert?

Amsterdam, 27. März. Reuter meldet aus London. Nach einer bisher unbestätigten Meldung sollen die Deutschen die verbündete Mission in Danzig interniert haben.

Amerika gegen den franko-britischen Imperialismus.

Bern, 27. März. Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien" kabelt aus New York, daß eine äußerst erbitterte Pressefehde gegen England und Frankreich eingesetzt habe. Man beschuldigt diese beiden Länder, den Friedensschluß durch ihr imperialistisches Streben nach einem Entschädigungs- und Eroberungsfrieden zu verzögern, während Amerika einen sofortigen Gerechtigkeitsfrieden wolle.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel.
Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld, Fernruf 11, Amt Bielefeld

Der Deutsche Guttempler-Orden (I O G T)

verbindet alle Stände auf dem Boden christlicher Bruderliebe, um unser Volk **aufwärts** zu führen. Er bekämpft den schädlichen Einfluß geistiger Getränke und beteiligt sich an allen Bestrebungen zur Hebung unseres Volkes. Jede gewünschte Auskunft erteilt:

Missionar J. Ostermeyer, Bethel bei Bielefeld.

Assistenz-Arzt.

Für eine größere psychiatrische Abteilung wird ein christlich gesinnter Mediziner als Assistent gesucht. Meldungen an den

Vorstand der Anstalt Bethel
bei Bielefeld.

Stellen-Gesuch.

Ein früherer **Automobilschlosser,** Kriegsteilnehmer, sucht Stellung als Herrsch. kl. Kutscher, Chauffeur oder Schlosser auf einem Gut.

Angebote unter G. L. 29 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Zur Frühjahrsbestellung

des Gartens gehört unbedingt ein gutes Gartenbuch, da nur an Hand eines solchen alle Vorteile gewahrt und Verluste und unnötige Auslagen und Arbeit vermieden werden können. Bestellen Sie, wenn Sie einen Garten besitzen, heute noch das altbekannte, in 4. von Gartenin spektor a. D. A. E. Eibel neubearbeiteter Auflage erschienene Gartenbuch, betitelt:

Der Hausgarten in Stadt und Land.

Von Dr. Fr. B. Hoffacker.

Gebunden. Preis **Mk. 3.75** und 10% Teurungszuschlag. Porto und Verpackungsgebühr außerdem.

Buchhandlung der Anstalt Bethel,
Bethel bei Bielefeld.

Soeben erscheint:

Ewigkeitswerte

von G. Nagel, schön kart. **Mk. 2.50.**

Daraus in Einzelheften zu je **35 Pfg.**: Biblische Christuserkenntnis. Was uns Christus heute ist. Christi Wiederkunft in Kraft und Herrlichkeit. Die Herrlichkeit der Christenhoffnung.

Nagel führt durch Wort und Schrift in das Zentrum der Schriftlehre. Die großen Zusammenhänge der christlichen Wahrheit treten durch sein Zeugnis ins Licht. Für den Ernst der Zeit brauchen wir nicht nur Milch, sondern gesundes Brot und starke Speise. Wer sie sucht, sei auf diese Neuerscheinung hingewiesen.

Verlag der Evangel. Buchhandlung von P. Ott, Gotha.

Verwendet „Kreuz-Pfennig" Marken
zu 1, 2, 5 und 10 Pfennig und
„Kreuz-Pfennig" Feldpostkarten zu 2 Pf.
Wo am Orte nicht zu haben, wende man sich an das Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz, Abt. XIV, Berlin W. 35, Am Karlsbad 23. Postscheck-Konto Berl. 20997 Exprz. A. Hollend. 2468.